Das „Hamburger Echo“ erscheint täglich zweimal, Sonntags u. nach Feiertagen nur einmal. Bezugspreis wöchentl. 2,35 M., monatl. 10 M. vorauszahlbar frei ins Haus, Kreuzbandsendung monatlich 12 M.
Redaktion: Fehlandstraße 11, 1. Stock. Verantwortlicher Redakteur: Walther Victor, Hamburg.
Expedition: Fehlandstraße 11, Erdgeschoß. Buchhandlung: Erdgeschoß. Buchdruckerei-Kontor: Fehlandstraße 11, 1. Stock.

Hamburger Echo

Einzelnummer morgens 20 ₰, abends sowie Sonn- und Festtags 30 ₰

Anzeigen die 6gespaltene Petitzeile 2,20 M., zuzüglich 50 Prozent Teuerungszuschlag. Arbeitsmarkt u. Familienanzeigen 2,40 M. Anzeigen-Annahme Fehlandstraße 11 im Erdgeschoß (bis 7 Uhr abends für den folgenden Tag), in den Filialen (bis 5 Uhr) und in allen Annoncen-Bureaus. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit. Reklamen im redaktionellen Teil werden auch gegen Entgelt nicht aufgenommen.

Nr. 416. Dienstag, den 7. September 1920. – Morgen-Ausgabe. 34. Jahrgang.

Die Selbstmordpartei.

Die bisher wenigstens dem Namen nach noch unabhängige „Hamburger Volksztg.“ lebt seit geraumer Zeit in grimmiger Fehde mit ihrem Berliner Zentralorgan, der „Freiheit“. Unter dem Einfluß des jungen Geyer und der Führung Wilhelm Herzogs ist das Blatt — unmerklich für die Mehrzahl seiner Leser, aber offenkundig für jeden, der den Spaltungsprozeß innerhalb der USP. genauer verfolgte — hinübergeglitten in rein kommunistisches Fahrwasser. Ließen die Parolen, die von Zeit zu Zeit bei besonderen Anlässen in dem Herzogorgan ausgegeben wurden, schon keinen Zweifel mehr darüber, wohin die Reise gehen sollte, so ist man offenbar jetzt so weit, jede Rücksicht auf die noch hinter den Mitgliedern der früheren Bürgerschaftsfraktion Bergmann und Genossen stehenden „Massen“ fallen zu lassen. In einem Artikel der gestrigen „Volkszeitung“, der das Fazit der eben abgeschlossenen Reichskonferenz zieht, wird kaltschnäuzig erklärt, irgendwelche überraschende Resultate hätte die Reichskonferenz nicht gezeitigt. Man war also auf alles, was dort an Gegensätzen ausgetragen wurde, schon vorbereitet. Dittmann und Crispien werden, weil sie sich nicht für den bedingungslosen Anschluß an Moskau erklärten, als „Parteichauvinisten“ abgetan und in dieselbe Wolfsschlucht geworfen, in der schon die „Freiheit“ ihren Platz gefunden hat. Crispien wird außerdem mit dem Ehrentitel eines politischen Schiebers belegt, weil er nicht so deutlich, wie die Herzogleute es wünschten, dem Proletariat die dritte Internationale als einzige Rettung empfohlen hat. Mit Henke, der neuerdings ebenfalls ein Haar in der bolschewistischen Suppe gefunden und von einem Teil seiner unabhängigen Parteigenossen als von verkappten Kommunisten gesprochen hat, pflückt Walter Rühl ein besonderes Hühnchen, indem er die gewiß nicht uninteressante Tatsache festnagelt, daß Henke selbst bei früherer Gelegenheit sich dafür ausgesprochen habe, den Namen der USP. in „Kommunistische Partei“ umzuändern, woran sich die weitere Bemerkung knüpft: „Ist unser Programm ein kommunistisches, so kann auch der Name unserer Partei nur ein kommunistischer sein.“ Von Hermann Reich wurde schließlich in einer Rede auf der Reichskonferenz erklärt, daß es in Hamburg keine Meinungsverschiedenheit über den Anschluß an Moskau gäbe. Da hinter diese wie hinter jede Behauptung des Herrn Reich ein dickes Fragezeichen zu setzen ist, kann alles dies nur so aufgefaßt werden, daß alle die Hamburger Unabhängigen, für die der bisherige Name ihrer Partei, wie Luise Zietz es ausgedrückt hat, ein Programm gewesen ist, die also nicht mit unter der kommunistischen Flagge weitersegeln wollen, sich als ausgeschlossen betrachten dürfen.

Man mag nun über diese Auseinandersetzungen unter den Unabhängigen denken, wie man will, die größere Konsequenz haben jedenfalls die bedingungslosen Anhänger des Bolschewismus bewiesen. Dieser kann doch für sich in Anspruch nehmen, etwas grundsätzlich anderes zu sein als die Sozialdemokratie. Indem er die Demokratie verwirft und sich offen zur Diktatur bekennt, schafft er klare Verhältnisse. Daß er sich selbst wieder in zahlreiche Sekten und Gruppen spaltet und spalten muß, ist eine Sache für sich, die im Wesen jeder Diktaturpartei begründet liegt. Sie hält eben nur so lange zusammen, wie der „Diktatur“ es gelingt, sich durchzusetzen, und fällt sofort auseinander, sobald sich mehrere um die Ausübung der höchsten Gewalt streiten. Das hat sich ja an den kommunistischen Gruppen, die wir bisher schon in Deutschland hatten, bereits in der ergötzlichsten Weise gezeigt und wird sich weiter zeigen, wenn nun etwa die gesamte Unabhängige Partei sich zum kommunistischen Programm bekehren sollte.

Doch ganz soweit ist es wohl noch nicht. Der schwankenden Gestalten in dieser Partei sind allzuviele und sie verhindern es, daß die Partei, der wir die Spaltung der deutschen Arbeiterpartei verdanken, in Schönheit sterben kann. Es scheint vielmehr, als sollte sie von dem Auflösungsbazillus, den sie längst schon im Leibe hat, langsam zerfressen werden. Und das wird nicht ohne Gestank, der den politischen Kampf unserer Tage noch mehr verpestet, abgehen. Da möchte man schon im Interesse der gesamten Arbeiterklasse mit der „Hamburger Volkszeitung“ wünschen, daß es rasch zu einer Entscheidung kommt. Die Reichskonferenz der USP. hat diese Entscheidung nicht gebracht. Ob sie ein Parteitag der USP. für ganz Deutschland bringen würde, wie es die Hamburger unverkappten Kommunisten voraussagen, ist mindestens etwas zweifelhaft. Aber reif zum Sterben ist die Unabhängige Partei, das ist keine Frage, sie ist sogar überreif! Und sie kann nicht einmal beim Abschied sagen: „Entschuldigt, daß ich geboren bin.“ Denn für das Verbrechen, das mit ihrer Geburt begangen wurde, gibt es keine Entschuldigung. Es gibt dafür nur eine Sühne: den Selbstmord! Und bei dem ist sie nun glücklich angelangt. Denn ihr eigenes Organ in Hamburg sagt zum Schluß: „Auch für die USP. gilt das alte Wort: Man muß zur rechten Zeit zu sterben wissen.“

Nur zu! Es ist nicht nur rechte, sondern auch die höchste Zeit!

*

Uneinheitlichkeit bei der USP.

(Eigener Drahtbericht.)

Die Generalversammlung der Unabhängigen in Groß-Leipzig beschäftigte sich mit der Reichskonferenz. Ein Beschluß wurde nicht gefaßt. Er soll erst erfolgen, wenn Crispien und Däumig gesprochen haben. In der Debatte wurde die „Leipziger Volkszeitung“ heftig angegriffen. Es wurde ihr nachgesagt, daß sie nur noch ein Abdruck der „Freiheit“ und ihre Schreibweise von den rechtsstehenden Blättern nicht mehr zu unterscheiden sei. Nach dem Bericht der „Freiheit“ hätte sich gezeigt, daß die große Mehrheit der etwa 1000 Delegierten die Moskauer Bedingungen für unannehmbar hält und die Haltung der „Leipziger Volkszeitung“ durchaus billigt.

Die unabhängige Parteikonferenz für Berlin-Brandenburg hörte am Sonnabend Crispien und Däumig über die Moskauer Fragen. Es wurde jedoch kein Beschluß gefaßt, sondern am Donnerstag wird weiter diskutiert.

Zum Ende des Stuttgarter Steuerstreiks

wird uns geschrieben:

Wie vorauszusehen war, hat der Stuttgarter Steuerstreik mit einer Niederlage der Arbeiterschaft geendet. Bedauerlich, daß sie erst wieder einmal durch einen schweren Nackenschlag auf den Boden der Tatsachen zurückgeführt werden mußte. Man kennt das Elend und die Not in großen Schichten der Bevölkerung heute, man weiß, wie doppeltschwer der Steuerabzug diejenigen trifft, die kein Vermögen zu verschleudern haben und mit dem Verdienst bis auf den letzten Pfennig rechnen müssen. Wir wissen doch, daß sich der größte Teil der Steuerzahler aus der Summe der kleinen Leute zusammensetzt, selbst wenn die Kapitalisten bis zum letzten Pfennig Gewinn und Verlust versteuern würden. Steuerstreik der Arbeiterschaft ist gleichbedeutend mit dem finanziellen Zusammenbruch des Reiches. Und auch hier würde ein Bankerott nicht die treffen, die irgendwo noch ein Guthaben aufbewahren, das sie vor Hunger und Entbehrung schützt. Ein Bankerott träfe immer nur die Armen, die Rentenempfänger, Pensionäre und das Riesenheer der Staatsbeamten und Staatsarbeiter, denen niemand einen Pfennig geben würde, träfe vor allem auch die Arbeiterklasse selbst durch den Zusammenbruch der Volkswirtschaft. Die Alldeutschen und Kriegsverlängerer haben Deutschland in diesen Abgrund hineingestoßen und der von ihnen heraufbeschworene Friede von Versailles hat uns Verpflichtungen auferlegt, die wir nur erfüllen können, wenn jeder einsieht, was er dem Staat und damit sich selbst schuldet, damit unsere Wirtschaft, unser Land und damit er selbst am Leben bleiben. Phrasendrescher und Schreier, die im Mai 1919 nicht schnell genug die Unterzeichnung des Friedensvertrages herbeiwünschen konnten, haben die Arbeiterschaft in Stuttgart und an anderen Orten in den unüberlegten Steuerstreik hineingetrieben, der dem württembergischen Proletariat schwere Wunden geschlagen hat. Während unsere Partei vor dem unbesonnenen Streik von Anfang an gewarnt hat, kommt erst nachträglich die USP. und jammert, wie es der Unabhängige Crispien am vergangenen Sonnabend in Berlin getan hat, wo er in der Fraktionskonferenz u. a. sagte: „Der Kapitalismus sei nicht nur im finanziellen, sondern auch im militaristischen Sinne erstarkt. Die deutschen Bauern seien nicht revolutionär und die Landarbeiterschaft müsse noch erst gewonnen werden. Große Massen seien ohne jedes Klassenbewußtsein. Die Erhebung gegen den Steuerabzug in Württemberg sei von den kleinbürgerlichen Schichten der Arbeiterschaft, die zum Teil Landbesitz haben und ohne sozialistische Schulung sind, ausgegangen. In Stuttgart wurde den Arbeitern gesagt: „Warschau ist gefallen, die roten Truppen stehen bald in Berlin. Wir müssen für die Revolution kämpfen.“ Daraufhin verweigerten die Arbeiter den Steuerabzug, weil sie erhofften, in 24 Stunden die politische Macht erobern zu können. Als es dann aber gefährlich wurde, hat der Aktionsausschuß abgedankt und die Bewegung den Gewerkschaften überlassen.

Politische Nachrichten.

Wirtschaftsfragen im Reichstags-Ausschuß.

Der Volkswirtschaftsausschuß des Reichstages beriet über die Konjunkturgewinnabgabe der Leder- und Schuhindustrie. Am Donnerstag wird der Ausschuß in Anwesenheit des Reichsernährungsministers die grundsätzlichen Fragen der Aufhebung der Zwangswirtschaft in der Industrie und im Gewerbe besprechen. Hierbei wird auch ein deutschnationaler Antrag einer gründlichen Erörterung unterzogen werden, durch den die Reichsregierung ersucht werden soll, die in der Erhebung der Ausfuhrabgaben zurzeit liegende Abschnürung der Industrieausfuhr schleunigst zu beseitigen, um dem Anwachsen der Arbeitslosigkeit vorzubeugen. Am Mittwoch soll ein Antrag Ledebours (USP.) über die Erwerbslosenfrage erörtert werden. Man nimmt an, daß die gesamten Gegenstände, einschließlich einer großen Anzahl von Petitionen, spätestens am Donnerstag durchberaten sein werden. Nach der Rückkehr des Reichsernährungsministers von der Konferenz in Stresa soll dann über die Getreide- und Fleischbewirtschaftung in Vereinbarung mit einem Bericht des Ministers über die Ernährungskonferenz beraten werden.

Vom preußischen Justizwesen.

Im Hauptausschuß der Preußischen Landesversammlung beschäftigte man sich bei der Beratung des Justizetats vornehmlich mit der infolge der steigenden Kriminalität ungeheuer gewachsenen Arbeitsüberbürdung der staatsanwaltschaftlichen und richterlichen Behörden und bereit über die Mittel zu ihrer Abhilfe, die natürlich ihre Begrenzung findet in der schlechten Finanzlage des Staates. Ausführlich wurde auch debattiert über die verschiedenen Möglichkeiten, den jungen Juristen und den Justizanwärtern möglichst frühzeitig Gelegenheit zu geben, sich mit dem praktischen Leben vertraut zu machen. Von sozialdemokratischer Seite wurden viele Urteile, die im Verlauf der Märzunruhen — auch durch ordentliche Gerichte — gefällt worden sind, als Fehlurteile bezeichnet und die Hoffnung ausgesprochen, daß das Amnestiegesetz in durchaus gerechter Weise gehandhabt werden wird. Nachmittags setzte der Hauptausschuß die Aussprache über die Ausbildung der Justizanwärter, die Verkürzung der Wartezeit der Referendare und Assessoren und die Vereinfachung der Verwaltung. Zu einem von sozialdemokratischer Seite vorgebrachten Fall, daß ein Breslauer Richter zwangsweise die Eidesleistung nach der religiösen Formel durchsetzte, versprach der Minister Untersuchung und Einschreiten. Gegenüber der Klage, daß neben den Personalakten noch amtliche Qualifikationslisten geführt würden, während Einsichtnahme der Beamten verweigert wird, erklärt der Minister, daß ihm davon nichts bekannt sei. Wo solche Listen existieren, stehe den Beamten selbstverständlich das Recht zu, auch die in diesen Akten niedergelegten Ansichten der Vorgesetzten über ihre Leistungen durch Einsichtnahme kennen zu lernen. Der Abgeordnete Dr. Cohn (USP.) unterstützte die Darlegung der sozialdemokratischen Redner bezüglich der Fehlurteile infolge der Einwirkung auf die Richter und fordert ihre Belehrung im Sinne des neuen Staatsgedankens.

Schwere Beschuldigungen.

Die „Tägl. Rundschau“ und andere bürgerliche Zeitungen berichten unter der sensationellen Ueberschrift „Millionengewinne von Arbeiterführern auf Kosten der Arbeiter“ von Schiebergeschäften, an denen der frühere sozialdemokratische Reichstagsabg. Davidsohn, gegen den schon seit längerer Zeit ein Ausschlußverfahren aus unserer Partei schwebt, beteiligt sein soll. Es handelt sich nach dem Bericht der „Tägl. Rundschau“ um angeblich 500 000 Stück Männeranzüge, Luckenwalder und Forster Winterware, für die als Abnehmer hauptsächlich Bergarbeiter und Eisenbahner in Frage kommen sollen. Nach dem Fabrikpreis könnte der Anzug im Einzelverkauf schon mit genügendem Gewinn für etwa 970 bis 380 M. verkauft werden, der kaufende Arbeiter aber wird, falls nicht weitere Schieber sich noch einschalten und dadurch den Preis noch erhöhen, mindestens 450 M., also 70 bis 80 M. mehr aus seiner Tasche dafür zahlen dürfen, weil ein gewisser Heynig, Steglitz, ein „Fachmann“ Brand und Georg Davidsohn ihre Hand bei dem Unternehmen im Spiel haben sollen, um Millionengewinne daraus zu erzielen.

Es wird sich bald herausstellen müssen, ob und wie weit sich diese Beschuldigungen auf Tatsachen stützen können. Höchst merkwürdig ist es jedenfalls, daß Davidsohn, der im Zusammenhang mit der Sklarzaffäre gegen Scheidemann und andere Genossen die ungeheuerlichsten Beschuldigungen verbreiten half, die nachher gerichtlich als Verleumdungen festgestellt wurden, jetzt selbst im Verdacht steht, an Schiebergeschäften beteiligt zu sein. Es wird übrigens behauptet, daß er schon seit längerer Zeit zur USP. übergetreten sein soll. Trifft dies zu, dann würde sich diese Partei mit den gegen ihn erhobenen Beschuldigungen zu befassen haben. In unserer Partei hat er sich ohnehin schon durch die vorausgegangenen Affären unmöglich gemacht.

Die Frage der Lehreranstellung in Preußen.

Der Ausschuß der preußischen Lehrerversammlung für das Hauptschullehrerdiensteinkommengesetz beriet über den § 49, der die Anstellung der Lehrer und Lehrerinnen regelt. Nach dem Vorschlage der Regierung soll das Recht der Anstellung der Schulaufsichtsbehörde zustehen. Der Vertreter der Regierung erklärte, daß das nicht als ein Angriff auf die gesunde Selbstverwaltung aufgefaßt werden dürfe. Die Anstellung der Lehrer durch den Staat liege im Interesse der Hebung des gesamten Schulwesens. In der Aussprache fand die Regierungsvorlage fast allgemeine Ablehnung. Es wurde großer Wert auf das Selbstbestimmungsrecht der Gemeinden gelegt. Eine Reihe von eingelaufenen Anträgen wurden bis zur nächsten Sitzung zurückgestellt. Der § 6 der Regierungsvorlage (Dienstwohnung) erhielt im Ausschuß eine Aenderung, wonach der für die Dienstwohnung festzusetzende Mietzins dem an dem Wohnorte für Wohnungen gleicher Art zu zahlenden Mietspreis entsprechen soll. Doch dürfen auf den Ortszuschlag nicht mehr als 30 v. H. der für den Lehrer oder für die Lehrerin erreichbaren höchsten Stufe angerechnet werden. Die Festsetzung des Mietzins soll unter Mitwirkung der Lehrervertretung durch die Schulaufsichtsbehörde erfolgen. Die §§ 7—9 der Regierungsvorlage wurden angenommen; dem § 10 wurde ein Absatz eingefügt, wonach von dem bei dem Schulverband hinterlegten Anrechnungssatz der Dienstwohnungen 25 v. H. zu einem Bau- und Reparaturfonds angewendet werden soll. § 11 (Haus-, Garten- und Landbenutzung) wurde mit einem Zusatz angenommen, daß die Ablösung der Landnutzung durch die Schulaufsichtsbehörde nur unter Zustimmung des Stelleninhabers erfolgen darf.

Noch eine internationale Konferenz.

Nach einer Meldung aus London plant der Völkerbund eine Konferenz, die im Januar in Barcelona stattfinden soll und sich mit der Beseitigung der Schwierigkeiten im internationalen Reiseverkehr beschäftigen wird. Es handelt sich um die Pässe und andere Formalitäten. Ein Untersuchungsausschuß für diese Frage tritt am 5. Oktober zusammen und auch Deutschland, Deutschösterreich und Ungarn werden darin vertreten sein.

Polen und Litauen.

Die litauischen Truppen haben eine Offensive gegen die Polen eingeleitet, die sich jetzt auf breiter Front zwischen Grodno und Suwalki ausdehnt. Die litauischen Truppen erbeuteten sehr viel Material. Im Abschnitt Kalisch sind die Polen weiter vorgeschritten, während der Versuch roter Divisionen, den Bug zu überschreiten, abgeschlagen wurde.

Die polnische Regierung hat in einem befristeten Ultimatum von der litauischen Regierung die Zurücknahme der litauischen Truppen aus dem besetzten Gebiete verlangt, welches der Oberste Rat Polen zuerkannt habe.

Infolge der Zuspitzung der Beziehungen zu Litauen wird sich die polnische Abordnung zu Schiff nach Riga begeben.

Hungersnot in Südchina.

„Politiken“ melden nach dem „Acht-Uhr-Abendblatt“ aus Tientsien: Nachrichten aus Tsingtau und Südchina zufolge ist dort die Lebensmittelsituation in eine furchtbare Katastrophe ausgeartet. 20 Millionen Menschen sind vom Hungertode bedroht, Tausende sind bereits gestorben und ganze Familien begehen aus Hunger Selbstmord. Eltern verkaufen ihre Töchter für wenige Dollar, um nicht zu verhungern. Man erwartet für den Winter das Ausbrechen einer Hungersnot, wie sie seit 40 Jahren in China nicht mehr erlebt wurde. Bekanntlich wird China alljährlich von Hungersnot heimgesucht. Die Hauptschuld liegt an dem Mangel an Eisenbahnen, wodurch Teile des Riesenreiches zeitweise ohne Erntezufuhren bleiben.

Kleine politische Mitteilungen.

Die lettische Konstituante ratifizierte einstimmig den am 13. Juli mit Rußland abgeschlossenen Friedensvertrag.

Das Syndikat der französischen Postbeamten hat beschlossen, dem Verlangen der Regierung nach Auflösung des Syndikats nicht nachzukommen.

Nach einer Bukarester Meldung sind der Finanzminister Vlad und die Universitätsprofessoren Jonescu und Senjescu zu Vertretern Rumäniens bei dem Völkerbund ernannt worden.

Der rote Tod von Moskau.

In der „W. a. M.“ schreibt der radikale Pazifist Hellmuth von Gerlach:

„Moskau ist Militarismus. „Pazifismus und Bolschewismus lassen sich gar nicht vereinigen“, sagte Wigdor Kopp am 27. August in seinem Interview mit dem Vertreter des „Berliner Tageblattes“. „Nicht „Die Waffen nieder!“, sondern Bewaffnung des Proletariats muß die Losung sein“, schreibt die Wiener „Rote Fahne“ vom 1. August. Rußland ist ein einziges Heerlager. Die Dienstpflicht reicht vom 18. bis zum 50. Jahre. Von Kindesbeinen an wird die Jugend militarisiert. In dem kommunistischen Bericht über die russische Jugendbewegung steht der Satz: „In allen Organisationen ist die Kriegsvorbereitung obligatorisch.“

Moskau ist Krieg in Permanenz. „Wenn wir die Macht hätten, würden wir gemeinsam mit den deutschen Arbeitern die Entente am Rhein bekämpfen“, erklärte der Gehilfe Joffes im Herbst 1918 in Berlin. Im Januar 1919 forderte Radek die deutschen Arbeiter zum Kriege gegen den Westen auf. Und neuerdings hat derselbe Radek in seiner Artikelserie über die „Lehren der auswärtigen Politik Rußlands“ geschrieben:

„Die Sowjetregierung erkennt den revolutionären Krieg an und organisiert ihn! . . . Jeder Proletarierstaat wird die Wehrhaftigkeit des Proletariats bis zum endgültigen Siege der Weltrevolution pflegen müssen, er wird vielleicht mehrmals zu den Waffen greifen müssen.“

Ungezählte Male haben die deutschen Proletarier für die Parole „Nie wieder Krieg!“ demonstriert. Moskau aber verlangt: Krieg und wieder Krieg, bis die ganze Welt dem Bolschewismus gewonnen ist!

Moskau ist Gewaltpolitik. Stöcker, der unbedingte Freund der dritten Internationale, erklärte auf der Parteikonferenz der Unabhängigen:

„Wir wollen die Gewalt nicht vermeiden, nein, wir brauchen sie, wir fordern unsere Parteigenossen auf, mit Gewaltmitteln gegen die Bourgeoisie vorzugehen.“

Moskau ist Unfreiheit. Lenin sagte zu der Deputation der englischen Arbeiter: „Die Freiheit ist ein bürgerliches Vorurteil.“ Die Freizügigkeit ist in Rußland abgeschafft. Die Arbeit ist militarisiert. Alle Wahlen sind öffentlich genau wie in Preußen zur Zeit des seligen Dreiklassenwahlrechts!

Moskau ist Maulkorb. Wer nicht Bolschewist ist, wird mundtot gemacht. Zum öffentlichen Reden braucht man behördliche Erlaubnis. Es erscheinen nur bolschewistische Zeitungen. Nicht einmal die andern Arbeiterparteien, die Menschewiki und die Sozialrevolutionäre haben ein Organ. Dieser Zustand begeistert den Moskaufreund Stöcker zur Nachahmung: „Wir müssen mit der Preßfreiheit aufräumen.“

Moskau ist Diktatur. Aber nicht des Proletariats, sondern über das Proletariat. Die Massen sind nur Objekt der Regierung. Rußland wird regiert von dem kleinen Komitee der Auserwählten in Moskau, jede Fabrik wird regiert von dem von Moskau bestimmten Leiter. Räteverfassung: Daran glauben nur noch deutsche Naivlinge.

Moskau ist Terror. „Eine Diktatur des Proletariats ist ohne Terrorismus nicht denkbar,“ sagte Lenin auf dem Moskauer Kongreß. „Wer sich nicht zum Terror bekennt, darf nicht in die 3. Internationale.

Moskau ist Blut. Unsere radikalen Arbeiter haben sich — sehr mit Recht! — über die Bestätigung von Todesurteilen durch Ebert empört. In Rußland sind vom 15. Juni bis 15. Juli, nach dem Bericht des Revolutionären Tribunals, auf Geheiß der „Außerordentlichen Kommissionen“ 898 Personen erschossen worden.

Moskau ist die Rechtfertigung jeder Schandtat der Reaktion. Die Moskauer Thesen proklamieren den „bewaffneten Aufstand“ als einziges Mittel zum Sturz der Bourgeoisie. Wer sich zur 3. Internationale bekennt, verzichtet also auf die Entscheidung durch geistige und wirtschaftliche Waffen. Ihm liegt das höchste Heil, das letzte in der Dreschflegeltaktik. Das einzig wirksame Argument ist die Handgranate und das Maschinengewehr.

Ich als Pazifist halte eine solche Taktik für ein Verbrechen an der Menschheit. Als Politiker halte ich sie aber überdies für eine phänomenale Dummheit. Die Waffen haben nun einmal, von Rußland abgesehen, nicht die kommunistischen Proletarier, sondern andere Leute, wenigstens die besseren und die zahlreicheren Waffen. Die Entscheidung mit den Waffen wird fast überall zuungunsten der Arbeiter ausfallen (sind die Lehren von München und Budapest schon ganz vergessen?) Der Endsieg mit geistigen, politischen und wirtschaftlichen Waffen ist den Arbeitern als der zahlreichsten Klasse gewiß. Jeder Putsch kann diesen Endsieg nur hinausschieben, weil er die öffentliche Meinung zum Bundesgenossen der Reaktion macht.

Siegt Moskau bei den deutschen Arbeitern, so können sie sich nicht wundern, wenn bei uns die Reaktion das Präventiere spielt. Die Arbeiterschaft ist solange in glänzender Position, wie sie sich auf Recht und Gerechtigkeit stützt. Sie ist verloren, wenn sie die „ultima ratio regum“, den letzten Beweisgrund der Könige, die Kanone, in ihren Arbeiterkatechismus aufnimmt. Rußland ist kein Gegenbeweis. Denn einmal — sind die wirtschaftlichen Verhältnisse Rußlands irgendwie vorbildlich? Und dann — wie lange wird

Einstein.

Weit über die Person hinaus ist der Fall Einstein zu einer Frage der gesamten Nation geworden. Wir haben uns dabei nicht mit der Relativitätslehre zu beschäftigen. Nicht damit, ob Einstein ein noch in Jahrhunderten leuchtender Stern am wissenschaftlichen Himmel ist, oder ob seine Lehre vor den rauhen Tatsachen verblassen und von ihnen hinweggespült werden wird. Diese Untersuchung müssen wir der Zeit und den Gelehrten überlassen. Was uns politisch betrifft, ist die Schmach, daß ein Mann der Wissenschaft von den Radauantisemiten angepöbelt wird, daß er seine Studien in Deutschland nicht fortsetzen kann und deshalb sein Vaterland voll Ekel zu verlassen gezwungen ist.

Seit die letzte Sonnenfinsternis die Lehre Einsteins bestätigt haben soll, klingt sein Name durch die ganze Welt. Die Universität in Leyden verlieh ihm eine Ehrenprofessur, was nur ganz wenigen großen Forschern bisher von dieser berühmten holländischen Lehrstätte zuteil geworden ist. Ententestaaten haben den deutschen Wissenschaftler geehrt, seine Hörsäle sind überfüllt, wo sie sich befinden, die deutschfeindliche Londoner „Times“ brachte bereits vor Friedensschluß einen Leitartikel aus Einsteins Feder, und wenn die alldeutschen Professoren das Ansehen Deutschlands und seinen wissenschaftlichen Ruhm nicht wenig heruntergebracht haben, Einstein hob ihn wieder, erfüllte das Ausland mit Achtung vor Deutschlands Gelehrsamkeit, daß man den Erfinder des die Technik und die Physik umwälzenden Relativitätsprinzips geradezu als ein Stück deutscher Valuta bezeichnen kann.

Neben den Meistern der Physik, die Einsteins Lehre zustimmen, gibt es solche, die sie ablehnen. Es wäre auch schlimm, wenn jede Entdeckung kritiklos hingenommen würde. Es ist ja gerade das Wesen aller Wissenschaft, daß sie sich unabhängig selbst prüft, daß man sie wendet und von jeder Seite betrachtet; sonst stünde sie eines Tages still, und das Leben würde über sie hinwegschreiten. Wie in der Praxis gilt in der Theorie das Wort des griechischen Philosophen Heraklit: alles fließt! Wenn so die Gegner Einsteins ernst und sachlich an seine Lehre herantreten würden, könnte man es auch begrüßen. Die Vorträge, die jetzt in Berlin gegen Einstein gehalten, die Broschüren, die gegen ihn verbreitet wurden, galten jedoch nicht dem Forscher, sondern dem Juden Einstein. Wie schon im Frühjahr alldeutsche Studenten seine Volksvorlesungen durch antisemitische Pöbeleien störten und sogar unmöglich machten, so fanden sich jetzt wieder Schüler und Lehrer mit dem gesamten reaktionären Troß ein, um den Juden Einstein zu beschimpfen, nicht um dem Physiker sachlich zu entgegnen. Aus dem gleichen Motiv sind die gegen ihn erschienenen Schriften geschrieben, und den Gipfel erreichten die jungen Hakenkreuzritter, die Einstein in der Berliner Philharmonie umringten und ihm zuriefen: „Schneidet dem Saujuden den Hals ab!“

So wüten „bessere“ und „gebildete“ Kreise gegen einen Mann von Weltruhm, dessen Name in einer Linie mit Galilaei, Kopernikus, Kepler und Newton genannt wird. Hätte Einstein Tausende von Familienväter in den Tod geführt, wäre er Kriegslieferant gewesen und nicht linksstehender Pazifist, wäre er ein Hurraprofessor des Durchhaltens, wie der Münchener Dr. von Gruber, der 15 Millionen Deutschen den „notwendigen“ Hungertod wünscht, dann würden ihn die Alldeutschen bekränzen. Er ist jedoch ein Friedensfreund, ein berühmter Forscher und ein Jude, was bei den Kraftprotzen und Kriegsverlängerern genügt, um ihm den Hals abzuschneiden. Man muß nur fragen, warum die Alldeutschen den von einem jüdischen Ingenieur erfundenen künstlichen Salpeter nicht abgelehnt haben, ohne den wir nach zwei Monaten den Krieg hätten aufgeben müssen, und warum sich die antisemitischen Studenten das Salvarsan gefallen lassen, das der Jude Ehrlich entdeckt hat.

Wir haben es herrlich weit gebracht, und der Fall Einstein zeigt den unermeßlichen Schaden, den die reaktionär-antisemitische Bewegung dem deutschen Volke zugefügt. Verhaßt waren wir während des Krieges und besaßen keinen Freund auf der ganzen Erde. Die Radauantisemiten mehren unser Ansehen nicht, und der Deutsche Einstein, der künftig an ausländischen Universitäten lehrt, wird ein lebendiges Zeugnis des Geistes sein, der dort herrscht, wo die künftigen deutschen Lehrer, Richter, Staatsanwälte und Beamten herangebildet werden. Unser Volk aber muß in seiner Gesamtheit die Fensterscheiben bezahlen, die die „Patrioten“ einschlagen. Als Sühne für die Breslauer reaktionär-antisemitischen Ausschreitungen verlangt Frankreich unter anderm die Schließung der dortigen Universität, der Brutstätte der Alldeutschen und Kriegshetzer. Beschämt muß man gestehen, wie weit die Demütigungen gehen, die uns die Radauhelden aufbürden; aber gleichzeitig fragen, warum nicht unsere Regierung den Franzosen zuvorgekommen ist, indem sie die Kappistenjünglinge nicht schon längst aus den Universitätssälen hinausgejagt hat? Schließlich trägt doch der Staat, tragen doch die Steuerzahler die Universitätskosten, und die Republik darf die Achtung ihrer Gesetze verlangen, damit nicht die Hochschulen die Brutnester der Monarchisten und der Volksfeinde werden können.

Reaktion und Monarchie, das ist das Ziel; der Antisemitismus ist nur ein Mittel zum Zweck, auf das das dumme Volk hereinfallen soll.

Der Fall Einstein ist ein Schulbeispiel, und es ist allerhöchste Zeit, daß dem grausamen Spiel ein Ende gemacht wird. Der Geschichtschreiber der Hohenzollern, Heinrich von Treitschke, schrieb über die deutschen Zustände von 1806: „Wie ein Geschmeiß hungriger Fliegen stürzte sich Deutschlands hoher Adel auf das aus tausend Wunden blutende Vaterland!“ Das Geschmeiß und sein Gerinsel nähern sich wieder. Diesmal wird sich das Volk zu wehren wissen.

J. A.

*

Hänisch an Einstein.

Wie W. T.-B. erfährt, richtete anläßlich der jüngsten Vorgänge der preußische Unterrichtsminister folgenden Brief an Professor Albert Einstein:

„Hochverehrter Herr Professor! Mit Empfindungen des Schmerzes und der Beschämung ersah ich aus der Presse, daß die von Ihnen vertretene Lehre in der Oeffentlichkeit der Gegenstand gehässiger und über den Rahmen sachlicher Beurteilung hinausgehender Angriffe gewesen ist und daß selbst ihre wissenschaftliche Persönlichkeit von Verunglimpfungen und Verleumdungen nicht verschont geblieben ist. Eine besondere Genugtuung ist es mir, daß diesem Vorgehen gegenüber Gelehrte von anerkanntem Rufe, u. a. auch hervorragende Vertreter der Berliner Universität, sich zu ihnen bekennen und die nichtswürdigen Angriffe gegen ihre Person zurückweisen und daran erinnern, wie Ihre wissenschaftliche Arbeit Ihnen einen unvergänglichen Platz in der Geschichte unserer Wissenschaft sichert. Wo sich die Besten für Sie einsetzen, wird es Ihnen um so leichter fallen, solch häßlichem Treiben keine weitere Beachtung zu schenken. Ich darf deshalb wohl auch der bestimmten Hoffnung Ausdruck geben, daß die Gerüchte nicht der Wahrheit entsprechen, Sie wollten jener häßlichen Angriffe wegen Berlin verlassen, das stolz darauf war und stets stolz darauf bleiben wird, Sie, hochverehrter Herr Professor, zu den ersten Zierden seiner Wissenschaft zu zählen. Mit dem Ausdruck meiner ganz besonderen Wertschätzung Ihr aufrichtig ergebener Hänisch“